



Die Regierungsbank war an der gestrigen Landtagssitzung erstmals seit Juli wieder vollständig besetzt.

Bild: Daniel Schwendener

Kleine Anfragen

Die Möglichkeit am Beginn der Landtagssitzung kurze, **mündliche Anfragen an die Regierung** zu stellen, wurde erneut rege genutzt. **Bis zum Sitzungsende** darf die Regierung insgesamt **32 Kleine Anfragen** der Abgeordneten zu folgenden Themen beantworten.

Mario Wohlwend (VU)

- Reisespesen, Repräsentationen im Bereich Parlamentsdienst

Thomas Lageder (FL)

- Istanbul-Konvention
- Angemessene Renditen von Casinos
- Lkws am Grenzübergang Tisis-Schaanwald
- Provokanter Lösungsvorschlag
- Wahlpflicht und Wahlunterlagen

Günter Vogt (VU)

- Absenzen und Nebenbeschäftigungen von Regierungsmitgliedern

Christoph Wenaweser (VU)

- **IV-Rente** für zugezogene erwachsene FL-Bürger

Alexander Batliner (FBP)

- Arbeitsrecht und diesbezüglich zu den Sonderbestimmungen für Jugendliche gemäss Verordnung V

Thomas Rehak (NF)

- Besoldung von Staatspersonal

Norman Walch (FBP)

- Ruggell, Landstrassensanierung

Daniel Oehry (FBP)

- Klimastreik ermahnt Politik zum nachhaltigen Handeln bezüglich CO₂

Wendelin Lampert (FBP)

- Eindämmung der Kosten im Gesundheitswesen

Erich Hasler (NF)

- Flixibus
- Transparenz des Handelsregisters

Patrick Risch (FL)

- Verlängerung der Busspur Rheinbrücke in Schaan

Herbert Elkuch (NF)

- EU-Richtlinie zu Kunststoffprodukten

Manfred Kaufmann (VU)

- Krankenkassenabzug in der Steuererklärung
- Treffsicherer Lohnsteuerabzug
- Neugestaltung der Motorfahrzeugsteuer
- Neuregelung Krankenkassenbeiträge bei der Landesverwaltung
- Strafrahen für Kinderpornographie
- Verlagerung der Geburten nach Grabs

Rainer Beck (VU)

- Unabhängigkeit der Regierungsmitglieder

Gunilla Marxer-Kranz (VU)

- Verbesserung der Besteuerung von Grenzgängern
- Drogenprävention in Liechtenstein

Susanne Eberle-Strub (FBP)

- Kormoranbestände in Liechtenstein

Eugen Nägele (FBP)

- Lebensraum Wald

Violanda Lanter (VU)

- Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt an Frauen im Asylverfahren
- Gleichstellungsstrategie und Initiative «HalbeHalbe»

Thomas Vogt (VU)

- Verjüngung des Schutzwaldes
- Trennungsdauer im Ehegesetz

Familien zahlen weniger

Der Landtag beschloss eine Erhöhung des Kinderabzugs um 3000 Franken und weitere steuerliche Entlastungen für Familien.

Im Zuge der Beantwortung eines VU-Postulats hatte die Regierung Wege zur steuerlichen Entlastung von Familien aufgezeigt – und später beschlossen, auch Fakten zu schaffen. Konkret schlug sie vor, den Kinderabzug von 9000 auf 12 000 Franken zu erhöhen, die Abzugsmöglichkeiten bei Aus- und Weiterbildungen auszuweiten und die Beiträge des Arbeitgebers an die ausserhäusliche Betreuung nicht länger als steuerpflichtig zu behandeln.

Freie Liste beantragt Beibehaltung

Anlässlich der ersten Lesung der hierfür notwendigen Änderungen des Steuergesetzes im Oktober füllte neben der

Vorsteher erhalten Infos

Die Gemeindevorsteher erhalten von der Steuerverwaltung künftig wieder Auskunft über die Steuerdaten von Unternehmen in ihren Gemeinden. Eine entsprechende Abänderung des Steuergesetzes, die auf einer überparteilichen parlamentarischen Initiative von neun Abgeordneten beruht, wurde gestern einhellig beschlossen. Schon bis 2015 war es langjährige Praxis gewesen, dass Vorstehern jährlich eine Liste mit den Ertragssteuern der juristischen Personen in ihren Gemeinden übermittelt wurde. Dann änderte sich dies, weil die Steuerverwaltung für eine Weitergabe der Daten keine gesetzliche Grundlage mehr erkennen konnte. (bo)



War treibende Kraft hinter dem ursprünglichen VU-Postulat: Der Abgeordnete Manfred Kaufmann.

Bild: Daniel Schwendener

Neuen Fraktion vor allem die Freie Liste ihre Rolle als Oppositionspartei mit Leben. Gestern, im Rahmen der zweiten Lesung, tat sie ihre Ablehnung neuerlich kund und beantragte, den Kinderabzug bei 9000 Franken zu belassen. «Wir erachten die Folgen, die Nutzniessung aus einer allfälligen Erhöhung des Kinderabzugs als ungerecht, weil diese Vorlage einseitig die begüterte Hälfte der Bevölkerung bevorteilt und als zutiefst unsolidarisch, weil die Familien hier nicht chancen gleich gewertet werden», erklärte der Abgeordnete Patrick Risch die Beweggründe seiner Fraktion.

VU-Exponenten widersprechen

Manfred Kaufmann (VU) zeigte sich mit dieser Haltung so gar nicht einverstanden. «Es ist klar, dass wir grundsätzlich bestrebt sein müssen, den Fokus auf die Mitmenschen zu legen, welche finanziell nicht auf der Sonnenseite stehen», meinte er. Im Steuerbereich sei für diese

Leute aber bereits gesorgt – indem sie keine Steuern zu zahlen hätten. Weitere Entlastungen könnten demnach nur in anderen Gesetzen gesucht werden. Es sei auch nicht so, dass von der geplanten Änderung nur die Reichen profitierten, fuhr er fort und verwies auf das Beispiel einer Person mit einem Bruttolohn von 60 000 Franken. Diese würde so jährlich 234 Franken an Steuern einsparen. Noch deutlicher wurde VU-Fraktions-sprecher Günter Vogt. Die Freie Liste diskreditiere die Familie in ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung. Und sie fördere eine Verschlechterung des liechtensteiner Binnenklimas, indem sie eine Klassendiskussion lanciere.

Das Votum des Landtags war schliesslich eindeutig. Bis auf die FL-Abgeordneten stimmten sämtliche Parlamentarier der Erhöhung des Kinderabzugs zu. Allen anderen Gesetzesabänderungen wurde ohne jegliche Wortmeldung zugestimmt.

Oliver Beck